



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DAS FÖRDERPROGRAMM »FAMILIE 500 PLUS«

- **ANALYSE**
»Familie 500 plus« – für Frauen ein Minus.
Die Familienpolitik der Regierung und ihre möglichen Folgen aus der Perspektive der Geschlechtergleichheit 2
Małgorzata Druciarek, Warschau
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Umfragen und Statistiken zu »Familie 500 plus« 7
- **CHRONIK**
5. Juli 2016 – 5. September 2016 12

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



25 Jahre gute
Nachbarschaft
25 lat dobrego
sąsiedztwa



»Familie 500 plus« – für Frauen ein Minus.

Die Familienpolitik der Regierung und ihre möglichen Folgen aus der Perspektive der Geschlechtergleichheit

Małgorzata Druciarek, Warschau

Zusammenfassung

Seit dem 1. April 2016 können Eltern und Erziehungsberechtigte für ihre Kinder bis zum 18. Lebensjahr eine finanzielle Unterstützung vom Staat in Anspruch nehmen. Unabhängig vom Einkommen kann eine Familie mit minderjährigen Kindern jeweils 500 Zloty (ca. 116 Euro) monatlich für das zweite und die weiteren Kinder erhalten. Dieses Förderprogramm »Familie 500 plus« ist die Einlösung des wichtigsten Wahlversprechens der Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*. Zwar sind mittel- und langfristige Folgen des Programms für Frauen, die Geburtenrate, den Arbeitsmarkt oder die Gesamtwirtschaft in Polen noch nicht absehbar. Allerdings lassen sich, ausgehend von der Konzeption des Programms und den familienpolitischen Erfahrungen anderer Länder, bereits mögliche Folgen einschätzen. Ein besonderer Fokus wird in dieser Analyse auf die potentiellen Auswirkungen des Förderprogramms auf die Situation der Frauen in Polen gelegt.

Das Programm »Familie 500 plus« ist die Einlösung des wichtigsten Wahlversprechens von *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*, der Partei, die im Herbst 2015 die Regierungsverantwortung übernommen hat. Seit dem 1. April 2016 können Eltern und Erziehungsberechtigte für ihre Kinder bis zum 18. Lebensjahr monatlich eine finanzielle Unterstützung vom Staat in Anspruch nehmen. Entgegen den Ankündigungen im Wahlkampf kommt diese Hilfe nicht allen Eltern minderjähriger Kinder zu: Für das erste oder einzige Kind sind nur Familien mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 800 Zloty netto pro Kopf (ca. 190 Euro) unterstützungsberechtigt. Für Familien mit einem behinderten Kind liegt die Grenze bei 1.200 Zloty netto (ca. 280 Euro). Unabhängig vom Einkommen kann eine Familie mit minderjährigen Kindern 500 Zloty (ca. 116 Euro) monatlich jeweils für das zweite und alle weiteren Kinder erhalten.

Den Erklärungen der Regierung zufolge ist das Ziel des Programms, die Zahl der Geburten in Polen zu erhöhen, die Kosten für die Kindererziehung in den Familien zu senken, die Kinder vor Armut zu schützen sowie in Humankapital zu investieren. Fünf Monate nach Einführung des Programms ist es eindeutig zu früh, um fundiert zu beurteilen, wie es funktioniert und wie die Chancen stehen, dass die gesetzten Ziele erreicht werden. Erste Bewertungen werden ein Jahr nach Inkrafttreten möglich sein, und die langfristigen Wirkungen, beispielsweise die Entwicklung der Geburtenrate, werden erst auf lange Sicht analysiert werden können. Allerdings lassen sich, ausgehend von der Konzeption des Programms und den Erfahrungen anderer Länder, in denen bereits seit Jahren eine bewusste Familienpolitik betrieben wird, jetzt schon potentielle Folgen des Pro-

gramms »Familie 500 plus« einschätzen. Ein besonderer Fokus wird in dieser Analyse auf die potentiellen Auswirkungen des Förderprogramms auf die Situation der Frauen in Polen gelegt.

Familienpolitik oder Sozialpolitik?

Das Programm »Familie 500 plus« hat weniger den Charakter eines familien- oder sozialpolitischen Projekts als vielmehr den einer steuerlichen Umverteilung. Sein Haupteffekt wird also nicht der Anstieg der Geburtenrate sein, sondern der, dass ein größerer Teil der Einnahmen des Staates Menschen mit mindestens zwei Kindern zukommt. Dafür spricht die Tatsache, dass sich entsprechend der Kosten-Nutzenbewertung des Programms die jährlichen Kosten in den kommenden zehn Jahren auf knapp 22,9 Mrd. Zloty (ca. 5,3 Mrd. Euro) belaufen werden. Auf der Grundlage des Entwurfs zum Haushaltsgesetz für das Jahr 2016 lässt sich diese Summe mit dem Wert der angesetzten Einnahmen aus der Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer im gesamten Haushaltsjahr vergleichen. Die Kosten für das Programm »Familie 500 plus« liegen in Höhe der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (26,44 Mrd. Zloty/ca. 6,16 Mrd. Euro) und sind fast halb so hoch wie die Einnahmen aus der Einkommensteuer (46,7 Mrd. Zloty/ca. 10,88 Mrd. Euro). Mit Blick auf die Höhe der Kosten des Programms lässt sich mit einer gewissen Vereinfachung sagen, dass das Programm »Familie 500 plus« eine besondere Form der Umverteilung darstellt. Die klassische Umverteilung der Einkommen, die durch progressive Einkommensteuern vollzogen wird, beruht auf dem Transfer der Einkommen nach dem Prinzip: von den besserverdienenden Steuerzahlern zu den schlechter verdienenden Steuerzahlern. Im Falle

des Programms »Familie 500 plus« haben wir es mit einem anderen Prinzip zu tun: von Menschen, die kein oder nur ein Kind haben, zu Menschen mit mindestens zwei Kindern sowie zu weniger bemittelten Familien mit einem Kind (unter Berücksichtigung der Einkommensgrenze). Vereinfacht heißt das Prinzip: von Kinderlosen oder Ein-Kind-Familien zu kinderreichen Familien. Dementsprechend haben wir es im Extremfall mit einer Situation zu tun, dass eine 25-jährige Frau, die ins Arbeitsleben auf Vertragsbasis eintritt und die Entscheidung, eine Familie zu gründen, aus ökonomischen Gründen verschiebt, aus ihren Steuern die Unterstützung »500 plus« unter anderem für weniger bemittelte Familien mit stabiler wirtschaftlicher Situation finanziert, die sich den Unterhalt und die vollwertige Erziehung zweier oder mehr Kinder erlauben können. Dieses Gedankenexperiment ist ein Test für das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit dieses Programms, den das Programm nicht erfolgreich durchläuft.

Auch die hybride Konstruktion des Programms ist problematisch; teils ist es in der Instrumentensammlung der Familienpolitik, teils in der der Sozialpolitik angesiedelt. Die Anwendung der Einkommensgrenze im Falle der Leistungsberechtigung schon beim ersten Kind qualifiziert das Programm für die Sozialpolitik. In seinen übrigen Teilen hat es den Charakter eines Instruments der Familienpolitik. Aus dieser Tatsache ergeben sich keine negativen Konsequenzen, hybride Lösungen werden in der Praxis häufig angewendet. In diesem Fall jedoch doppelt die Unterstützung von »500 plus« die schon bestehenden Instrumente aus beiden Politikbereichen (zum Beispiel die Familienunterstützung, die aufgrund des niedrigen Einkommens eines Familienmitglieds gezahlt wird oder wenn ein Familienmitglied ein behindertes Kind ist), wobei sie, wenn sie für das erste Kind ausgezahlt wird, eine höhere Einkommensgrenze ansetzt (größere Anzahl von berechtigten Familien) und viel großzügiger ist. Teilweise doppelt die Unterstützung »500 plus«, die für das zweite und weitere Kinder ausgezahlt wird, bis zu einem gewissen Grad das Instrument der Einkommensteuererleichterung für Familien mit Kindern. Die Unterstützung »500 plus« umfasst einen etwas weiteren Kreis von Berechtigten als im Falle der Berechtigten von Steuererleichterungen, weil sie sich nicht ausschließlich auf Personen bezieht, die Einkommensteuern bezahlen, und allen dient. Auch hier ist festzustellen, dass die Unterstützung »500 plus« deutlich großzügiger ist als die Steuererleichterung.

Die Einführung der Familienunterstützung »500 plus« schuf demnach ein weiteres Instrument, das die Maßnahmen der Familien- und der Sozialpolitik verkompliziert, indem es teilweise die bereits bestehenden Instrumente doppelt. Im Ergebnis werden bestimmte

soziale Gruppen Adressaten unterschiedlicher Instrumente, und, was damit einhergeht, sie werden stärker als die übrigen unterstützt. Dies stellt den Sinn und die Komplementarität der Systeme der Familien- und der Sozialpolitik in Frage und führt zu Zweifeln an der Effektivität, öffentliche Mittel – zumindest in so hohem Ausmaß – auszugeben.

In der Analyse des Programms »Familie 500 plus« muss man vor allem die Frage stellen, auf welche konkreten Bedürfnisse das Instrument antworten soll. In der Begründung des Gesetzesprojektes »Familie 500 plus« fehlte eine Analyse *ex ante*, das heißt eine Analyse mit dem Ziel, den Handlungsbedarf vor dem Inkrafttreten zu bewerten. Die Kosten-Nutzenbewertung hat eine solche Analyse nicht präsentiert, aber ohne Kenntnis solcher Analyseergebnisse wird es schwer, die Folgen der Anwendung des Instruments zu beurteilen.

Erwartet uns in Polen ein neuer Babyboom?

Eine jede neue Lösung muss hinsichtlich ihrer Ziele, Kosten und langfristigen Wirkungen auf die sozialen Beziehungen untersucht werden. Sowohl Experten als auch die Politiker der Oppositionsparteien stimmen darin überein, dass die Unterstützung der polnischen Familien notwendig war und ist. Wenn also das Programm »Familie 500 plus« mit Blick auf die Steigerung der Lebensqualität der polnischen Familien, die ihnen entgegengebrachte Wertschätzung und die finanzielle Entlastung bei der Kindererziehung bewertet wird, dann fällt das Urteil eindeutig positiv aus. Auch die Bevölkerung selbst beurteilt die Einführung des Programms sehr positiv: Fast 80 Prozent befürworten den Leistungstransfer in Höhe von 500 Zloty ab dem zweiten Kind bis zum 18. Lebensjahr sowie für jedes Kind im Falle von Familien mit niedrigem Einkommen. Wie aus Untersuchungen des Meinungsforschungsinstituts CBOS hervorgeht, sind 77 Prozent der Befragten der Meinung, dass in Polen der Staat durch eine entsprechende Politik darauf hinwirken sollte, mehr Kinder zu bekommen. Außerdem hat sich in den letzten 16 Jahren die Einstellung der Polen gegenüber der Familienpolitik grundlegend geändert. Während im Jahr 2000 61 Prozent dafür waren, dass der Staat nur Familien unterstützen sollte, die sich in einer schwierigen materiellen Lage befinden, und nur 36 Prozent der Ansicht waren, dass allen Familien, in denen Kinder aufwachsen, Unterstützung zukommen sollte, haben sich 16 Jahre später die Proportionen hin zu einer starken Befürwortung einer universellen Unterstützung umgekehrt: 60 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass der Staat alle Familien mit Kindern unterstützen sollte, und 38 Prozent sprechen sich für die Hilfe allein für sozial schwache Familien aus.

Wie aber sind die Chancen zu bewerten, dass das Programm sein grundlegendes formuliertes Ziel erreicht, die Geburtenrate in Polen zu erhöhen? Bei der Begründung des Gesetzesprojekts wurde von der Annahme ausgegangen, dass künftig jährlich einige zehntausend Kinder mehr geboren werden als vor Inkrafttreten des Gesetzes. Haben die direkten Geldtransfers an die polnischen Familien tatsächlich die Chance, einen solchen Effekt herbeizuführen?

Weitere Untersuchungen von CBOS zeigen, dass die Chancen auf ein weiteres Kind mit dem zunehmenden Alter der Frau sowie der Anzahl der bereits vorhandenen Kinder sinken. Unter den Faktoren, die die Chancen auf weitere Kinder erhöhen, wird vor allem Hilfe bei der Kinderbetreuung, sei es von den Eltern der Frau, vom Partner oder Personen außerhalb der Familie, genannt. Betrachtet man die Gründe der Frauen, warum sie sich gegen das erste oder weitere Kinder entscheiden, werden außer dem Alter, bereits vorhandenen Kindern oder auch schlicht dem Grund, keine Kinder haben zu wollen, auch das Fehlen entsprechenden Wohnraums genannt sowie Schwierigkeiten, Beruf und Kinderbetreuung in Einklang zu bringen. Das Gefühl der Polinnen, sie können sich ein (weiteres) Kind nicht leisten, ist recht häufig anzutreffen – bei 32 Prozent der Befragten im Alter von 18 bis 33 Jahren, die keine Nachkommen planen, und 17 Prozent im Alter von 34 bis 45 Jahren. Die ungünstige Einschätzung der eigenen finanziellen Situation ist in unterschiedlichen sozial-ökonomischen Gesellschaftsschichten festzustellen. Fügt man die Erwartung von über der Hälfte der Polen hinzu, dass das Programm »Familie 500 plus« in den nächsten Jahren wieder zurückgenommen wird, dann kommt man schnell zu dem Schluss, dass die ausgezahlte Leistung den polnischen Familien nicht das Gefühl von finanzieller Stabilität in einem solchen Maß vermittelt, dass es die Fortpflanzungspläne verändern würde. Dies bestätigt unter anderem der Bericht von Maciej Sobociński, »Familienpolitik in Polen. In Richtung eines ausgewogenen Modells« (*Polityka rodzinna w Polsce. W stronę zrównoważonego modelu*, 2014), wonach der Schlüsselfaktor für den Anstieg der Anzahl der Kinder nicht die direkten Geldtransfers an die Familien sind, sondern die Investitionen in die institutionelle Kinderbetreuung bis zum dritten Lebensjahr. Die häufigsten genannten Formen staatlicher Unterstützung für Familien, die zur Familiengründung ermutigen können, sind laut Umfrage von CBOS Hilfe für junge Ehepaare, eine Wohnung zu bekommen (40 Prozent), niedrige Krippen- und Kindergartengebühren (32 Prozent) und auch direkte Geldtransfers (32 Prozent). Ebenfalls oben auf der Liste der wirksamen Faktoren stehen Steuererleichterungen für Erziehende sowie alle Formen von Unterstützung für

Eltern, Beruf und Familie in Einklang zu bringen. Diese Untersuchungsergebnisse zeigen auch denjenigen, die gegenüber dem Programm »Familie 500 plus« äußerst positiv eingestellt sind, deutlich, dass die Unterhaltsleistung für Familien allein nicht ausreicht, um die Geburtenrate in Polen zu erhöhen.

Die Privatisierung der Betreuung

Bereits in der Phase des Gesetzentwurfs wiesen viele Experten und Expertinnen auf den möglichen negativen Einfluss des Programms »Familie 500 plus« auf die Situation der Frauen in Polen hin. Erwartet wurde und wird, dass es sich in Form einer noch geringeren Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Befürchtet wird, dass die Frauen weniger motiviert sein werden, erwerbstätig zu sein, wenn sie ein zwar beschränktes, aber dauerhaftes Einkommen aufgrund der Kindererziehung bekommen. Bei zwei Kindern (bzw. bei drei im Falle der besser verdienenden Familien), stellt das unbesteuerbare Einkommen in Höhe von 1.000 Zloty (ca. 233 Euro) »auf die Hand« im Vergleich zum Durchschnittseinkommen der Frauen in Polen eine attraktive Alternative zur Erwerbsarbeit dar, welche die Notwendigkeit nach sich ziehen würde, einen Krippenplatz für die Kinder zu finden oder eine Tagesmutter zu bezahlen. Langfristig wäre dies eine nachteilige Lösung sowohl für die Frauen selbst als auch für die Struktur des Arbeitsmarktes in Polen, der die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen erfordert. Nun ist es zurzeit noch deutlich zu früh, um den Einfluss des Familienförderprogramms auf jegliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens fundiert zu beurteilen. Doch erste Verlautbarungen von Arbeitgebervertretern und Arbeitsämtern über Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sind bereits zu vernehmen. In manchen Regionen Polens verzichten Menschen auf eine Arbeit, um nicht die Einkommensgrenze zu überschreiten, die die staatliche Unterstützung bereits beim ersten Kind garantiert; gleichzeitig stärken sie aber die Grauzone auf dem Arbeitsmarkt. Am schnellsten wurden Folgen in der Gastronomie und bei der Saisonarbeit festgestellt. Hier fehlen Arbeitnehmer sowohl unter den Vätern als auch den Müttern. Im Bereich der Festanstellung verzichten am häufigsten diejenigen Frauen, die in den am schlechtesten bezahlten Berufen wie Reinigungskraft, Küchenhilfe oder Verkäuferin arbeiten. Das Thema der Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor ist komplex und mit der Qualität der Arbeitsbedingungen und der Höhe des Gehalts verbunden. Dies kann hier nicht entfaltet werden – was bleibt, ist zu hoffen, dass der Abfluss der Arbeitnehmer aus dem Niedriglohnsektor die Arbeitgeber veranlasst, die Arbeitsbedingungen dieser Stellen zu verbessern. Der Verzicht auf eine Anstellung in diesem Bereich betrifft vor allem Frauen,

da sie auf diesen Stellen schlechter bezahlt werden als Männer. Seit dem 1. Januar 2016 beträgt der monatliche Mindestlohn in Polen für eine Vollzeitstelle 1.850 Zloty brutto (ca. 430 Euro), wovon die Arbeitnehmer knapp 1.300 Zloty (ca. 300 Euro) »auf die Hand« erhalten.

Um das Ziel zu erreichen, die Geburtenrate zu erhöhen, ersetzen 500 Zloty pro Kind nicht die institutionellen Lösungen, das heißt Zugang zu kostengünstigen Kinderkrippen und Kindergärten. 500 Zloty können ein wesentlicher Zuschuss zum Haushaltsgeld sein, sie beheben aber nicht den Mangel an Kinderbetreuung, die ein wesentlicher Faktor bei der Entscheidung für oder gegen Nachwuchs ist. In 80 Prozent der Gemeinden in Polen wird gar keine Form institutioneller Betreuung für Kinder bis zum dritten Lebensjahr sichergestellt. Unterdessen stärken aufeinanderfolgende Regierungen die Betreuungsrolle der Mütter und nicht des Staates. Längere Elternzeiten (die in der Praxis immer Mutterschaftsurlaube sind) und finanzielle Leistungen sind nur einige Symptome der sogenannten Privatisierung der Betreuung. Die von der *PiS*-Regierung durchgeführten bzw. angekündigten Reformen, das sind die Anhebung des schulpflichtigen Alters von sechs auf sieben Jahre, die Einführung des Familienförderprogramms »500 plus« und die Senkung des Renteneintrittsalters, stärken das traditionelle Familienmodell, in dessen Rahmen die Frau für die Betreuungsangelegenheiten zuständig ist.

Wenn von der Übertragung der Last der Betreuungspflichten auf die Familien, vor allem die Frauen, gesprochen wird, beziehen sich die Experten vor allem auf die Situation der Menschen im erwerbsfähigen Alter. Das Phänomen betrifft allerdings auch ältere Frauen. Auf diesen liegen häufig die Betreuungspflichten für die Enkelkinder einerseits und die eigenen Eltern andererseits. Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf das 67. Lebensjahr hatte die Möglichkeiten, dass die Betreuungsaufgaben von den Frauen ausgeübt wurden, eingeschränkt. Es zeigt sich jedoch, dass die Regierung im Geiste der Belebung der Familie beabsichtigt, zu einem geschlechtsspezifischen Renteneintrittsalter zurückzukehren, das den Frauen ermöglichen würde, mit 60 Jahren aus dem Berufsleben auszusteigen. Vermutlich sollen sie sich dann um die Enkelkinder kümmern, die keinen Platz in einer Kinderkrippe bekommen haben, oder um ältere Menschen, für die Polen außer Einrichtungen der Sozialhilfe gar keine Betreuungsinstitutionen bereitstellt.

Das Problem, die Frauen mit der Betreuungsarbeit zu belasten, hat nicht nur ein symbolisches, sondern auch ein materielles Ausmaß. Abgesehen davon, wie die Regierung gleichzeitig zwei so teure Programme wie »Familie 500 plus« und die Senkung des Rentenalters zu finanzieren gedenkt, muss darauf eingegangen

werden, welche Folgen dies für das Auskommen der durchschnittlichen Polin haben wird. Sicherlich werden Frauen nur in Ausnahmesituationen vollständig auf die Erwerbsarbeit zugunsten des Erziehungsgeldes verzichten. Entscheidungen, den Stellenumfang zu reduzieren und dies mit Hilfe der 500 Zloty ab dem zweiten Kind zu kompensieren, können allerdings deutlich häufiger eintreten. Im Ergebnis wird das Rentenskapital deutlich geringer sein als bei denjenigen, die eine Vollzeitstelle innehaben. Hinzu kommt, dass die Frauen infolge der angekündigten Rentenreform sieben Jahre kürzer werden arbeiten sollen.

Die Reform des Rentensystems, die unter der Regierung von Jerzy Buzek Ende der 1990er Jahre durchgeführt worden war, berücksichtigte nicht die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern, weshalb schon jetzt der Rentenunterschied zwischen beiden Geschlechtern mehr als 700 Zloty (ca. 163 Euro) beträgt. Die durchschnittliche Rente der Frauen betrug im Jahr 2014 1.653 Zloty (ca. 385 Euro), die der Männer mehr als 2.394 Zloty (ca. 558 Euro). Die Mehrheit der Frauen bezog eine Rente von zirka 1.400 Zloty (ca. 326 Euro), die der Männer von zirka 1.946 Zloty (ca. 453 Euro). Das Problem betrifft alle Länder der Europäischen Union, in der der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Rentenniveau der Frauen und der Männer 38 Prozent beträgt. Dies ergibt sich vor allem aus den Disproportionen in den Einkommen, die sich unter anderem daraus ergeben, dass Frauen häufiger in schlechter bezahlten Berufen arbeiten, weniger Aufstiegsmöglichkeiten haben und seltener Leitungsfunktionen ausüben. Hinzu kommt, dass statistisch gesehen Frauen besser ausgebildet sind als Männer, was dazu führt, dass sie später in den Arbeitsmarkt eintreten. Pausen in der Erwerbstätigkeit infolge der Geburt und der Erziehung der Kinder haben ebenfalls negativen Einfluss auf die Höhe der Rentenbezüge. Wird in Polen nun zum geschlechtsspezifischen Renteneintrittsalter zurückgekehrt (Männer: 65 Jahre, Frauen: 60 Jahre), wird sich der Unterschied weiter ausprägen.

Die Übertragung der häuslichen Kinder- und Enkelkinderbetreuung sowie der Betreuung der älteren Eltern auf die Frauen ermöglicht dem Staat Einsparungen, denn es erlaubt ihm, Investitionen in Betreuungsdienste, in den Bau von Kinderkrippen und Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen zurückzuhalten. Dies sind allerdings nur scheinbare Einsparungen, denn das Programm »Familie 500 plus« wird nicht zu einem neuen Babyboom führen. Eher wird die Herabsetzung des Renteneintrittsalters in Richtung eines »seniorboom« führen. Hinzu kommt, dass die Regierung ohne die Frauen auf dem Arbeitsmarkt keine Mittel aufzutreiben wird, ihre Ankündigungen umzusetzen.

Wie geht es weiter?

Um die Geburtenrate in einer Gesellschaft wirksam zu steigern, bedarf es einer stabilen Unterstützung der Familien mit Hilfe eines ganzen Sets von familienfreundlichen Lösungen. Damit also das Programm »Familie 500 plus« seinen Ankündigungen entsprechend wirken kann, muss es Teil eines größeren Projekts werden. In den vergangenen Jahren gab es in Polen viele Maßnahmen zur Unterstützung von Familien, beispielsweise die Elternzeit, die Charta kinderreicher Familien oder auch die Unterstützung in Höhe von 1.000 Zloty (ca. 233 Euro) für nicht berufstätige Mütter. In Polen und im Ausland durchgeführte Untersuchungen zeigen allerdings deutlich, dass die besten langfristigen Wirkungen solche Lösungen zeitigen, die die Berufstätigkeit der Eltern, auch der Mütter, fördern. Anders als konservative Kreise behaupten gebären die Frauen mehr Kinder, die berufstätig sind; die Arbeit gibt ihnen eine größere ökonomische Stabilität und das Gefühl, dass sie sich Kinder leisten können. Die effektivste Unterstützung für die Nachkommenschaft in Polen bei gleichzeitiger Garantie der Fortsetzung der Berufstätigkeit für Frauen wäre daher, in die institutionelle Betreuung für die Jüngsten zu investieren. Die Erfahrungen der Länder mit höchster Geburtenrate in der Europäischen Union bestätigen die Bedeutung der Zugänglichkeit zu guter institutioneller Kinderbetreuung. Eine wirkungsvolle Lösung ist außerdem, das Engagement der Män-

ner in der Kinderbetreuung zu erhöhen. Gut wäre es daher beispielsweise, einige, mindestens vier, Wochen der Elternzeit für den Vater zu reservieren. Dies wiederum würde dessen Verhandlungen mit dem Arbeitgeber beim Thema Kinderbetreuung erleichtern und den Frauen eine schnellere Rückkehr in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Auf lange Sicht würde dies auch bedeuten, dass die Elternzeit tatsächlich von beiden Eltern teils genutzt würde.

Noch ist nicht bekannt, welche Folgen das Programm »Familie 500 plus« für Frauen, die Geburtenrate, den Arbeitsmarkt oder die Gesamtwirtschaft in Polen haben wird. Einige lassen sich vorhersehen, andere liegen noch nicht einmal im Rahmen des Vermutbaren. Anfang Juli erschienen Meldungen in den Medien, wonach es die Unterstützung von 500 Zloty ermöglicht habe, dass Mütter mit ihren Kindern gewalttätige Beziehungen verlassen konnten. Wenn es ein Phänomen größeren Ausmaßes wird, dass Mütter mit ihren Kindern aus einem gewalttätigen Umfeld heraus können, ist dies ein positiver Effekt des Programms, der mit Sicherheit nicht von seinen Urhebern beabsichtigt worden ist. Allerdings wäre hier auch mitzubedenken, dass in solchen Beziehungen auch Frauen leben, die keine Unterstützung aus dem Programm erhalten – und auch keinerlei finanzielle Hilfe von Seiten des Staates erhalten, obgleich Hilfsorganisationen seit Jahren dafür kämpfen.

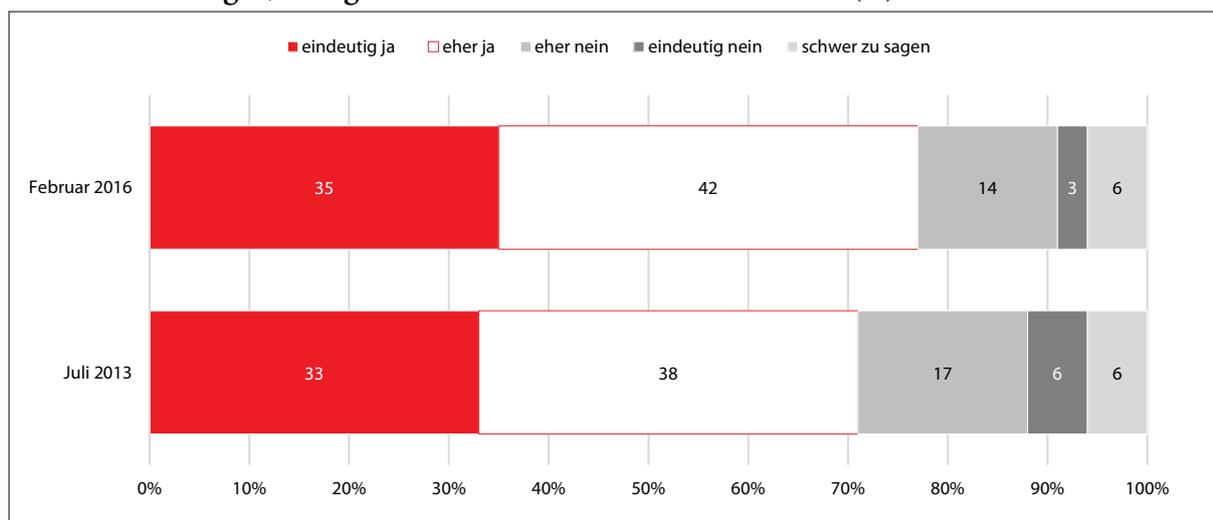
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin:

Małgorzata Druciarek, Soziologin, leitet seit vier Jahren das Observatorium zur Geschlechtergleichheit des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) in Warschau. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Situation der Frauen in der Politik und auf dem Arbeitsmarkt und die Familienpolitik in Polen.

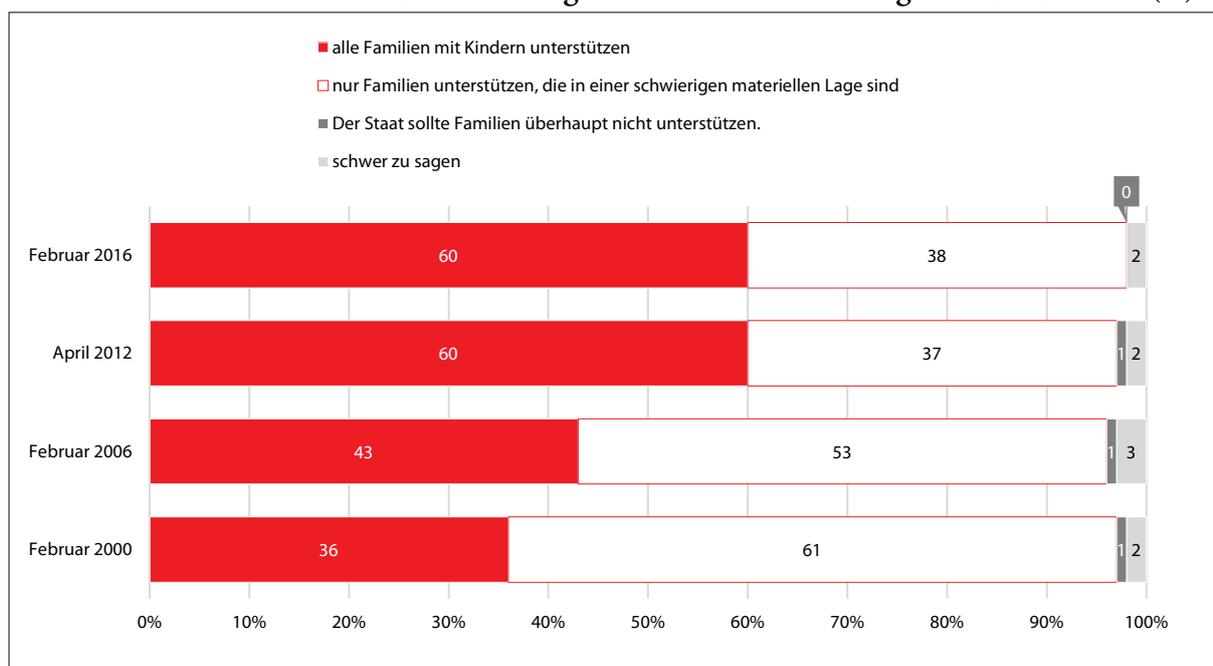
Umfragen und Statistiken zu »Familie 500 plus«

Grafik 1: Sollte der Staat aktuell in Polen mit Hilfe einer entsprechenden Politik die Menschen ermutigen, eine größere Anzahl von Kindern zu haben? (%)



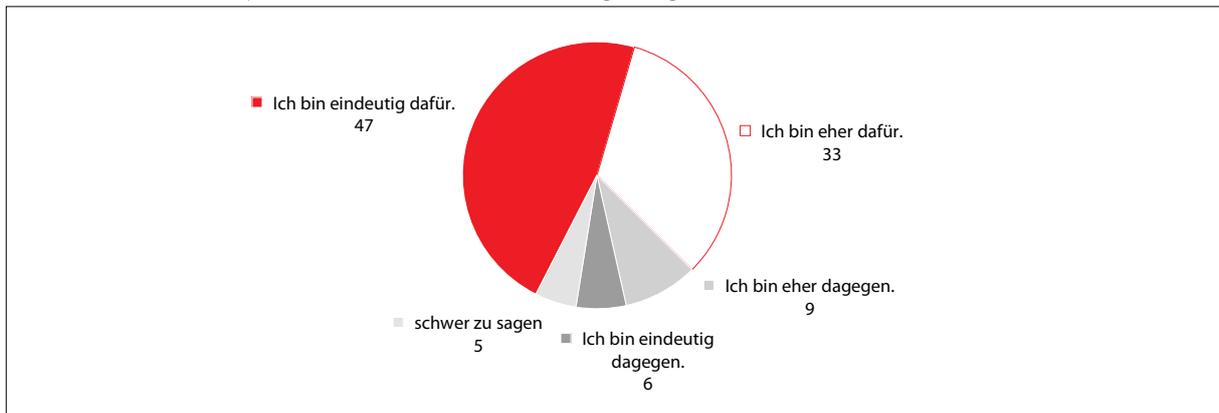
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 25/2016: Program »Rodzina 500 plus« jako element systemu wspierania rodzin i dzietności [Das Programm »Familie 500 plus« als Teil eines Programms zur Unterstützung von Familien und Nachkommenschaft]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 2: Es sind verschiedene Herangehensweisen und Formen der Politik zur Unterstützung von Familien durch den Staat möglich. Sollte Ihrer Meinung nach der Staat...? (%)



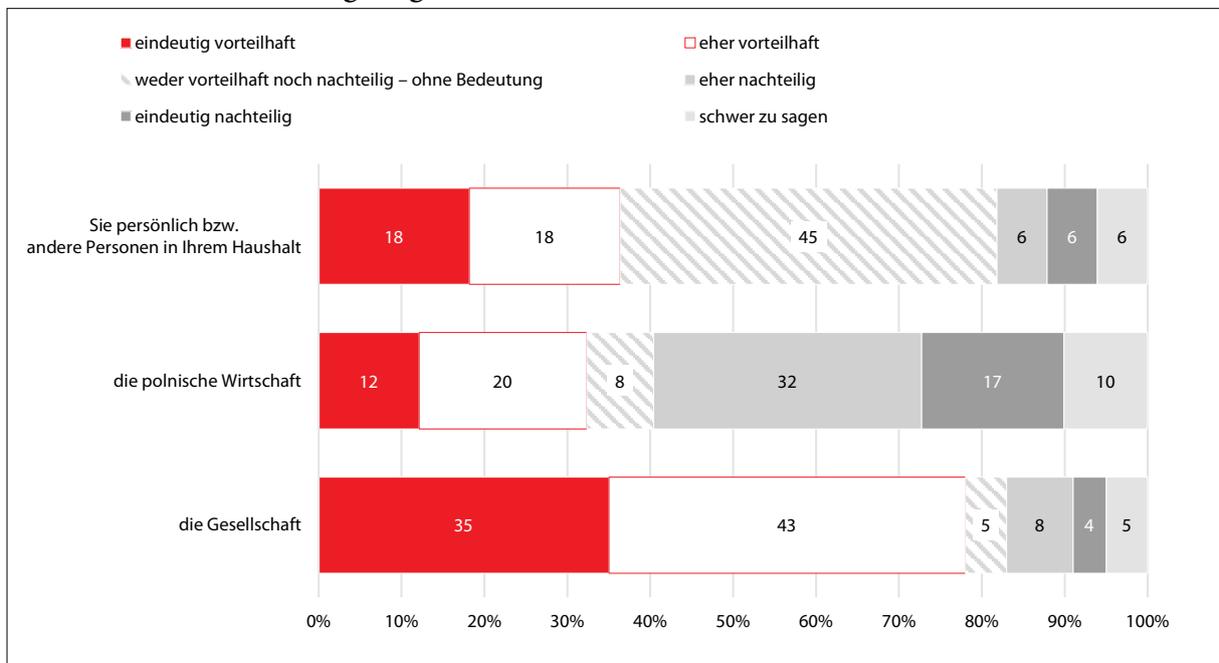
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 25/2016: Program »Rodzina 500 plus« jako element systemu wspierania rodzin i dzietności [Das Programm »Familie 500 plus« als Teil eines Programms zur Unterstützung von Familien und Nachkommenschaft]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Sind Sie für oder gegen die Einführung einer finanziellen Unterstützung für die Kindererziehung in Höhe von 500 Zloty ab dem zweiten Kind bis zum 18. Lebensjahr bzw. für jedes Kind in Familien mit geringem Einkommen? (%)



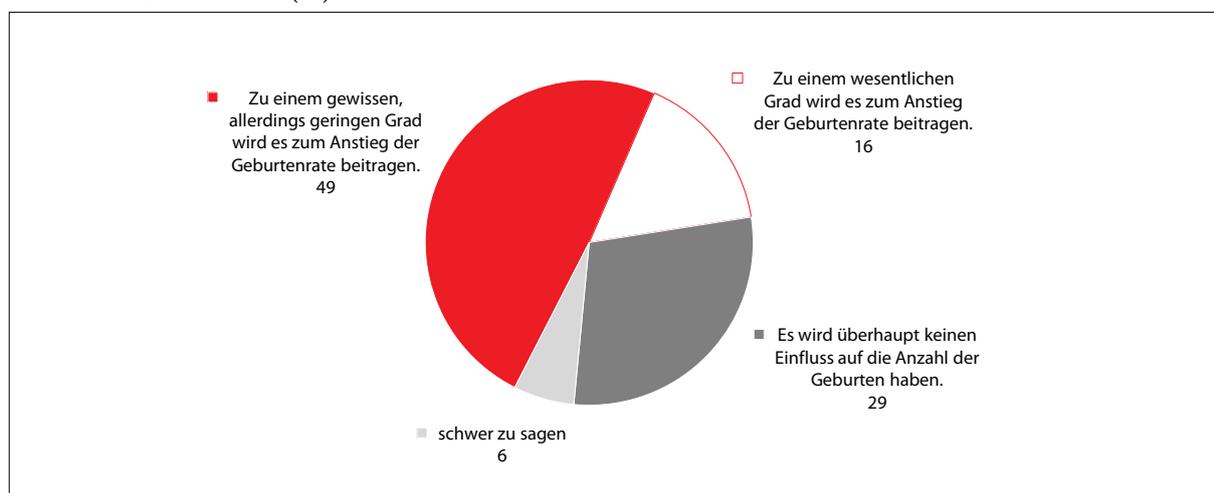
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 25/2016: Program »Rodzina 500 plus« jako element systemu wspierania rodzin i dzietności [Das Programm »Familie 500 plus« als Teil eines Programms zur Unterstützung von Familien und Nachkommenschaft]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 4: Wird die Einführung einer finanziellen Unterstützung für die Kindererziehung in Höhe von 500 Zloty ab dem zweiten Kind bis zum 18. Lebensjahr bzw. für jedes Kind in Familien mit geringem Einkommen vorteilhaft sein für...? (%)



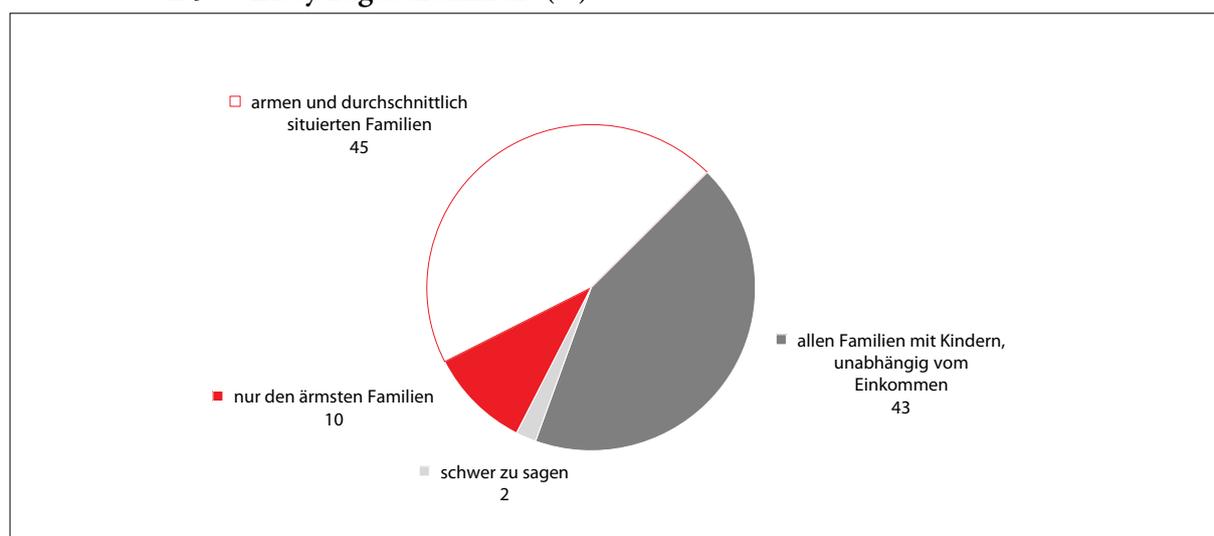
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 25/2016: Program »Rodzina 500 plus« jako element systemu wspierania rodzin i dzietności [Das Programm »Familie 500 plus« als Teil eines Programms zur Unterstützung von Familien und Nachkommenschaft]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 5: Wird das Inkrafttreten des Programms »Familie 500 plus« zu einem Anstieg der Geburtenrate in Polen beitragen oder keinen Einfluss auf die Anzahl der Geburten bei uns haben? (%)



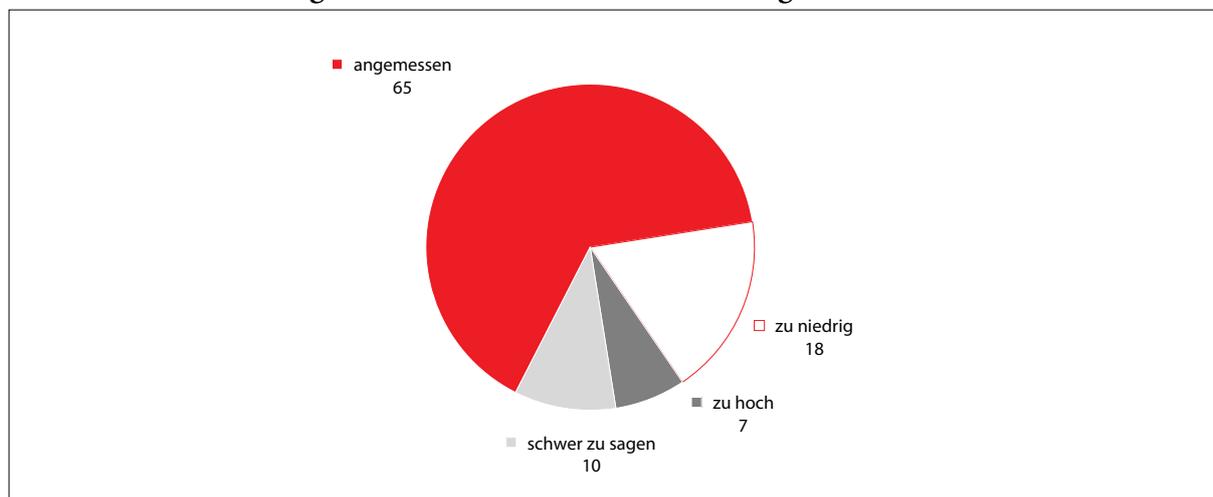
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 25/2016: Program »Rodzina 500 plus« jako element systemu wspierania rodzin i dzietności [Das Programm »Familie 500 plus« als Teil eines Programms zur Unterstützung von Familien und Nachkommenschaft]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 6: Wem sollte Ihrer Meinung nach die Unterstützung für die Kindererziehung in Höhe von 500 Zloty zugutekommen? (%)



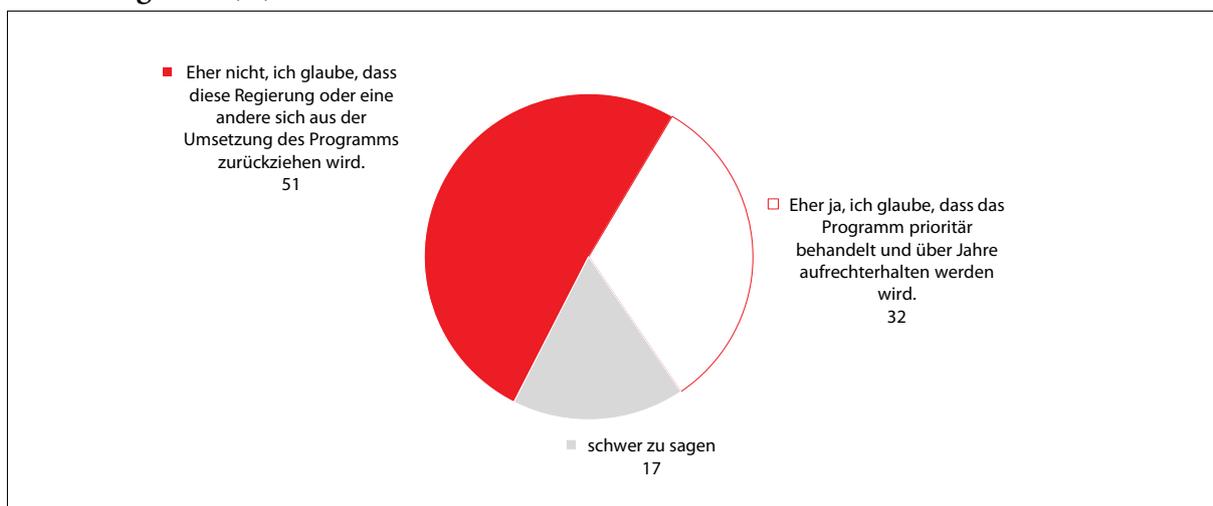
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 25/2016: Program »Rodzina 500 plus« jako element systemu wspierania rodzin i dzietności [Das Programm »Familie 500 plus« als Teil eines Programms zur Unterstützung von Familien und Nachkommenschaft]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 7: Ist die Summe von 500 Zloty pro Kind mit Blick auf die Bedürfnisse der Familien sowie der Möglichkeiten des Staates Ihrer Meinung nach...? (%)



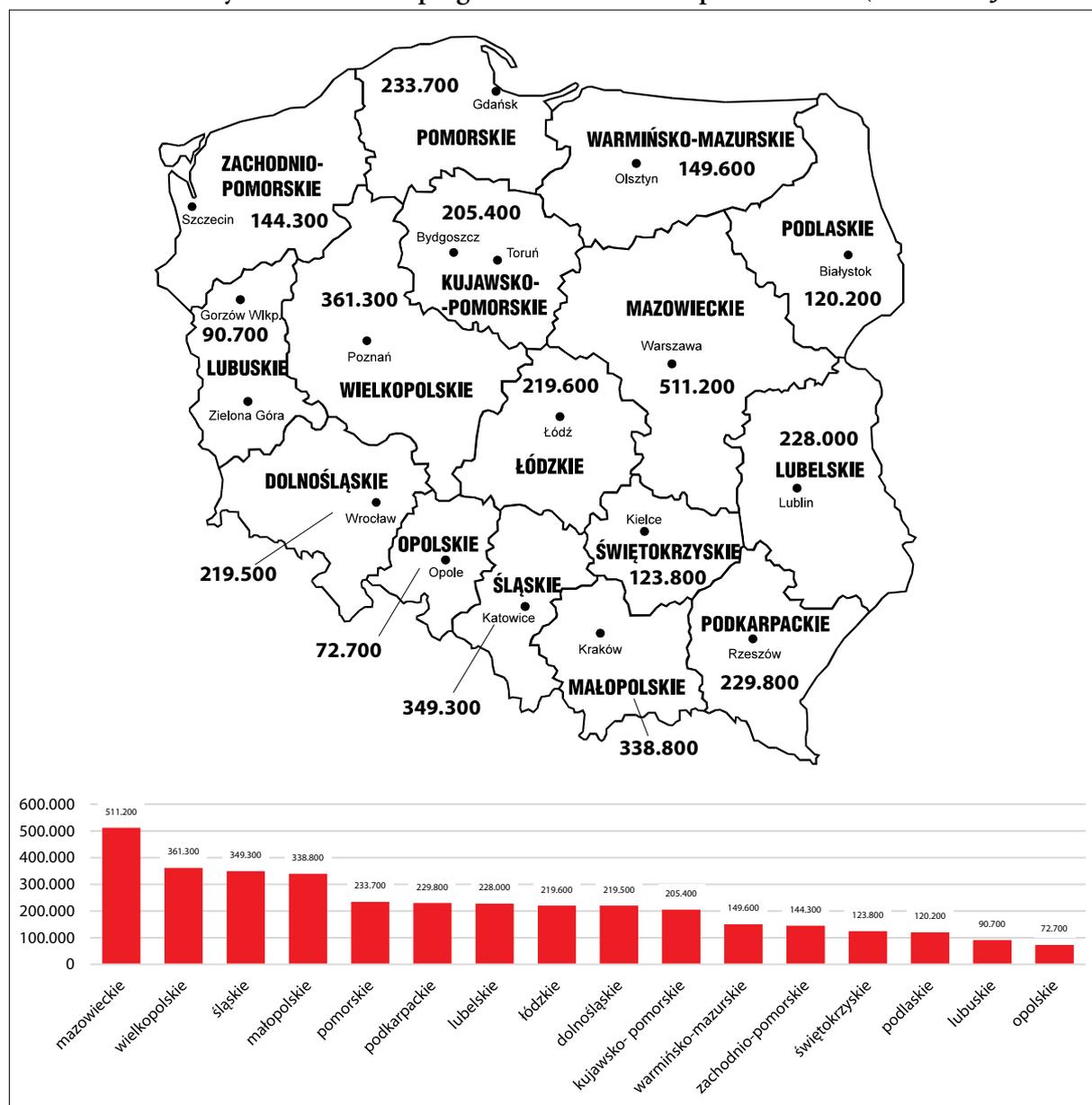
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 25/2016: Program »Rodzina 500 plus« jako element systemu wspierania rodzin i dzieciności [Das Programm »Familie 500 plus« als Teil eines Programms zur Unterstützung von Familien und Nachkommenschaft]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 8: Wird es auch in den kommenden Jahren Geld für das Programm »Familie 500 plus« geben? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 25/2016: Program »Rodzina 500 plus« jako element systemu wspierania rodzin i dzieciności [Das Programm »Familie 500 plus« als Teil eines Programms zur Unterstützung von Familien und Nachkommenschaft]. Warszawa 02/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 9: Anzahl der Kinder nach Woiwodschaften, die die staatliche Unterstützung in Höhe von 500 Zloty aus dem Förderprogramm »Familie 500 plus« erhalten (Stand: 31. Juli 2016)



Die finanzielle Förderung von 500 Zloty (ca. 116 Euro) im Rahmen des Familienförderprogramms »Familie 500 plus« wird für mehr als 52% der minderjährigen Kinder in Polen ausbezahlt. Der größte Anteil (über 58 Prozent) lebt in den Woiwodschaften Lublin, Podlachien, Vorkarpaten und Heiligkreuz. Das Programm unterstützt 1,47 Mio. erstgeborene Kinder.

Dolnośląskie: Niederschlesien; kujawsko-pomorskie: Kujawien-Pommern; łódzkie: Lodz; lubelskie: Lublin; lubuskie: Lebus; małopolskie: Kleinpolen; mazowieckie: Masowien; opolskie: Oppeln; podkarpackie: Vorkarpaten; podlaskie: Podlaskien; pomorskie: Pommern; śląskie: Schlesien; świętokrzyskie: Heiligkreuz; warmińsko-mazurskie: Ermland-Masuren; wielkopolskie: Großpolen; zachodnio-pomorskie: Westpommern.

Quelle: Ministerstwo Rodziny, Pracy i Polityki Społecznej [Ministerium für Familie, Arbeit und Sozialpolitik]. <<http://www.mpips.gov.pl/aktualnosci-wszystkie/rodzina-500-plus/art,8204,3-6-mln-dzieci-objetych-rodzina-500-plus.html>> (abgerufen am 1.09.2016); Karte: CBOS, BS/13/99, Warszawa, styczeń '99, <<http://www.cbos.pl>>

5. Juli 2016 – 5. September 2016

| | |
|------------|--|
| 05.07.2016 | Der Sejm lehnt mit 267 : 166 : 3 Stimmen das Misstrauensvotum gegen Verteidigungsminister Antoni Macierewicz ab, das von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) eingebracht worden war. Die PO wirft Macierewicz vor, das Verteidigungsministerium politisch zu instrumentalisieren und auf diese Weise die Position des Ressorts und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu schwächen. |
| 05.07.2016 | Der Sejm debattiert in zweiter Lesung über die Gesetzentwürfe der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und der Opposition zum Verfassungstribunal. Die Opposition kritisiert die Arbeit an den Gesetzentwürfen als »Farce und politisches Theater«. Das vom Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD) eingebrachte Gesetzesprojekt wird aus diesen Gründen zurückgezogen. Das Projekt von PiS wird an den Ausschuss für Rechtsprechung und Menschenrechte weitergeleitet, der es am Nachmittag bewerten soll. |
| 06.07.2016 | In der Nacht vom 5. auf den 6. Juli beschließt der parlamentarische Ausschuss für Rechtsprechung und Menschenrechte nach mehrstündigen kontroversen Beratungen, den Gesetzentwurf von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zum Verfassungstribunal mit einigen Änderungen anzunehmen. |
| 07.07.2016 | Nach erneut hitziger Debatte verabschiedet der Sejm in dritter Lesung den von der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebrachten Gesetzentwurf zum Verfassungstribunal mit 238 Ja-Stimmen und 173 Gegenstimmen (keine Enthaltungen). Demnach soll das Gericht elf Richter haben und sollen die Urteile mit einfacher Mehrheit, statt – wie zunächst vorgeschlagen worden war – mit Zweidrittelmehrheit, gefällt werden. Die Fälle werden in der Reihenfolge ihres Eingangs abgearbeitet, es sei denn, der Präsident macht sein Vetorecht geltend oder es handelt sich um ein Haushaltsgesetz oder um ein Gesetz zum Verfassungstribunal. Außerdem werden die Urteile des Tribunals ab dem 10. März veröffentlicht. Das bedeutet, dass nicht das Urteil vom 9. März veröffentlicht wird, das die Reform des Verfassungstribunals vom Dezember 2015 für verfassungswidrig erklärt. |
| 08.07.2016 | Vor der Eröffnung des NATO-Gipfels in Warschau treffen sich Präsident Andrzej Duda und US-Präsident Barack Obama zu einem Gespräch. Der Gipfel stärke über das Bündnis hinaus auch die polnisch-amerikanische strategische Partnerschaft, so Duda. Obama unterstreicht, dass Polen eine der Säulen der NATO an ihrer Ostflanke und einer der verlässlichsten Bündnispartner ist, der die volle Höhe des Beitrags, 2 % des Bruttoinlandsprodukts, zahlt. Weiter ruft Obama alle Seiten in Polen dazu auf, den Konflikt um das Verfassungstribunal zu beenden und die demokratischen Institutionen zu unterstützen. |
| 09.07.2016 | Auf dem NATO-Gipfel in Warschau wird beschlossen, im Jahr 2017 je 1.000 Soldaten rotierend in Polen, Litauen, Lettland und Estland zu stationieren. Dies ist eine Reaktion auf das Bedrohungsgefühl der Länder infolge des russisch-ukrainischen militärischen Konflikts. Russland kündigt an, auf die Verlegung zu reagieren. Nach Meinung des früheren sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow wirkt die Rhetorik der NATO wie eine Kriegserklärung an Russland. |
| 10.07.2016 | Nach Beendigung des zweitägigen NATO-Gipfels in Warschau am Vortag kündigt Präsident Andrzej Duda regelmäßige Treffen im »Budapester Format« an, das neun NATO-Partner an der Ostflanke des Bündnisses umfasst. 2017 soll das Treffen in Warschau ausgerichtet werden. Außenpolitisch habe für ihn die Wirtschaftsdiplomatie Priorität, um die wirtschaftliche Entwicklung Polens zu unterstützen, so Duda. Außerdem werde sich Polen um einen nicht-ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat bemühen. |
| 11.07.2016 | Auf einer Pressekonferenz bewertet Ministerpräsidentin Beata Szydło den NATO-Gipfel in Warschau als großen Erfolg Polens. Er werde in die Geschichte als Gipfel eingehen, auf dem eine neue Landkarte der globalen Sicherheit gezeichnet worden sei. Ein Beschluss des Gipfels war, dass die NATO als Reaktion auf die veränderte Sicherheitslage an der Ostflanke nach der Annexion der Krim durch Russland im kommenden Jahr in Polen und in den baltischen Republiken jeweils 1.000 Soldaten rotierend stationieren wird. |
| 11.07.2016 | Innenminister Mariusz Błaszczak stellt in Warschau seinen Amtskollegen der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) die Prioritäten vor, die Polen während seines einjährigen Vorsitzes der Gruppe seit Juli setzen wird. Es sind dies die Verbesserung der inneren Sicherheit, insbesondere die Zusammenarbeit der Polizei und des Grenzschutzes im Bereich Migration und Asyl sowie Rettung und Schutz von Menschen, die engere Zusammenarbeit der vier Partner bei der Lösung des Problems der Flüchtlingsströme nach Europa und außerdem der Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen in den vier Partnerländern. Błaszczak bekräftigt die Einigkeit darüber, dass das europäische Flüchtlingsproblem nicht mit einer europäischen Quotenregelung gelöst werden kann. Nach Einschätzung Polens würde dies weitere Flüchtlingswellen nach sich ziehen. Übereinstimmung herrsche in der Visegrád-Gruppe auch darüber, dass die Flüchtlingsursachen außerhalb der EU bekämpft werden müssten und dort Hilfe geleistet werden müsse. Hierzu schlägt Błaszczak koordinierte Hilfsleistungen der vier Visegrád-Länder vor. |

| | |
|------------|--|
| 12.07.2015 | Die PiS-Regierung (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość) beschließt, dass bis zum 1. Januar 2021 genetisch verändertes Schrot zur Fütterung von Nutztieren verwendet werden darf. |
| 13.07.2016 | Familienministerin Elżbieta Rafalska teilt mit, dass seit Inkrafttreten des Familienförderprogramms »Familie 500 plus« am 1. April 2,6 Mrd. Anträge gestellt und knapp 5 Mrd. Zloty an die betreffenden Familien ausbezahlt worden seien. Ministerpräsidentin Beata Szydło hebt hervor, dass die Investition in die Familien und Kinder eine Investition in die Zukunft Polens sei. Das Programm »Familie 500 plus« werde auch im Staatshaushalt 2017 Priorität haben. |
| 14.07.2016 | In Warschau treffen sich die Minister für Wirtschaft und Kohäsionspolitik der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) sowie Bulgariens, Kroatiens, Sloweniens und Rumäniens. Entwicklungsminister Mateusz Morawiecki nennt als Prioritäten die Zusammenarbeit im Bereich Innovation und Start Up-Unternehmen, die EU-Kohäsionspolitik und ihre Aufgaben in der Zukunft und den gemeinsamen europäischen Markt. Des Weiteren soll eine Strategie für die EU für die Makroregion Karpaten entwickelt werden. |
| 15.07.2016 | Innenminister Mariusz Błaszczak erklärt, dass eine Ursache des Terroranschlags eines mutmaßlich islamistischen Fundamentalisten in Nizza (Frankreich) am Vortag in der Multikulti-Politik und der <i>political correctness</i> liege. Es sei eine Tatsache, dass sich Immigranten aus Afrika und dem Nahen Osten nicht integrieren würden. Hätte sich in Polen nicht der Regierungswechsel zu Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vollzogen, hätte Polen unter der Vorgängerregierung aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) dieselben Fehler begangen wie die anderen westlichen Staaten und Tausende solcher Immigranten aufgenommen. Die Grundlage der europäischen Werte und der polnischen Kultur sei das Christentum, und die Anschläge von Nizza und Paris (November 2015) zeigten, dass die unterschiedlichen Kulturen nicht miteinander leben können, so Błaszczak. |
| 17.07.2016 | In einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« kündigt der Regierungsbeauftragte für strategische Energieinfrastruktur, Piotr Naimski, an, dass Polen die Energielieferungen aus dem Osten durch andere Quellen ersetzen werde. Der Vertrag mit dem russischen Energiekonzern werde im Jahr 2022 auslaufen. Für die Diversifizierung der Energielieferungen müsse Polen gute Kontakte mit seinen Nachbarländern, den skandinavischen, den Ländern der Visegrád-Gruppe, Rumänien und Bulgarien, pflegen. Mit dem Gastterminal in Swinemünde (Świnoujście) und der Gaspipeline aus Norwegen habe Polen Möglichkeiten, Gaslieferungen aus verschiedenen Quellen zu erhalten. |
| 18.07.2016 | Vor dem Kreisgericht Krakau beginnt der Zivilprozess gegen die Autoren und Produzenten der 2013 in Deutschland und Österreich ausgestrahlten deutschen TV-Serie »Unsere Väter, unsere Mütter« wegen Persönlichkeitsverletzung an den Soldaten der Heimatarmee (Armia Krajowa – AK), die im Zweiten Weltkrieg gegen die deutschen Besatzer gekämpft hatte. Kläger sind der 92-jährige ehemalige AK-Soldat Zbigniew Radłowski und der Weltverband der Soldaten der Heimatarmee (Światowy Związek Żołnierzy Armii Krajowej). Anlass der Klage ist u. a., dass der Film Polen eine Mitschuld für den von den Deutschen durchgeführten Holocaust geben wolle. |
| 19.07.2016 | In Warschau trifft sich Außenminister Witold Waszczykowski mit der Vizeaußenministerin von Belarus, Elena Kuptschina. Waszczykowski zeigt sich zufrieden mit der fortschreitenden Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen. Thematisiert werden neben der bilateralen Zusammenarbeit die Situation der polnischen Minderheit in Belarus und Fragen der Sicherheit in der Region. Für den nächsten Tag sind weitere Gespräche mit Unterstaatssekretär Marek Ziołkowski, verantwortlich für Angelegenheiten der Ost- und Sicherheitspolitik, angesetzt. |
| 21.07.2016 | In Warschau treffen sich die Regierungschefs der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn). Thematisiert werden die Entscheidung Großbritanniens, aus der EU auszutreten (»Brexit«), die Zukunft der EU und Fragen der Sicherheit. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz sagt Ministerpräsidentin Beata Szydło, Konsens sei, dass sich die EU wieder auf die Angelegenheiten der Bürger statt der Institutionen konzentrieren und dahin gehend reformiert werden müsse. Die Länder der Visegrád-Gruppe wollten eine aktive Rolle im Reformprozess einnehmen, wobei die Sicherheitsgarantie für die Europäer prioritär sei. |
| 22.07.2016 | Verteidigungsminister Antoni Macierewicz und Außenminister Witold Waszczykowski nehmen in Washington an einer zweitägigen Sicherheitskonferenz teil, zu der die USA Vertreter von 40 Staaten aus der EU, der UNO und der NATO eingeladen haben. Schwerpunkt des Programms ist die von den USA angeführte globale Koalition gegen den sogenannten Islamischen Staat. Macierewicz bekräftigt, dass die Stärkung der NATO-Ostflanke und die Stabilisierung der Situation in der südlichen Nachbarschaft der NATO gleichermaßen im polnischen nationalen Interesse lägen, und bestätigt Polens Engagement in Form der Entsendung zweier Militärkontingente. |
| 25.07.2016 | Nach Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosigkeit im Juni 2016 8,8 %, was der niedrigste Stand seit Oktober 2008 sei. |

| | |
|------------|--|
| 26.07.2016 | In Krakau beginnt der Weltjugendtag der katholischen Kirche, auf dem bis Ende der Woche zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt werden. Angemeldet haben sich ca. 560.000 Teilnehmer. |
| 27.07.2016 | Die Europäische Kommission richtet eine »Empfehlung zur Rechtsstaatlichkeit« an Polen. Trotz der Verabschiedung des neuen Gesetzes zum Verfassungstribunal durch den Sejm in der vergangenen Woche halte die Europäische Kommission die Rechtsstaatlichkeit in Polen für systemisch gefährdet, heißt es in der Begründung. Die Kommission fordert die Regierung Polens auf, Maßnahmen zur Aufhebung der Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit zu treffen und sie innerhalb von drei Monaten über diese zu unterrichten. |
| 27.07.2016 | Papst Franziskus ruft die polnische Regierung auf dem Weltjugendtag in Krakau dazu auf, Flüchtlinge in Polen aufzunehmen. Notwendig seien Solidarität und Bereitschaft, Opfer von Krieg, Hunger und Verfolgung aufzunehmen. |
| 28.08.2016 | Bei einer Messe unter freiem Himmel vor ca. 100.000 Gläubigen in Tschenstochau (Częstochowa) appelliert Papst Franziskus abermals an die polnische Regierung, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Polen dürfe sich nicht der Versuchung hingeben, sich zu isolieren. |
| 29.07.2016 | Im Rahmen seines Polen-Aufenthalts aus Anlass des Weltjugendtags in Krakau gedenkt Papst Franziskus im ehemaligen deutschen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau der Opfer schweigend. |
| 30.07.2016 | Präsident Andrzej Duda unterzeichnet das Gesetz zum Verfassungstribunal, das auf der Grundlage des Entwurfs der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vom Sejm verabschiedet worden war. Für ein Veto bzw. eine Anfechtung des Gesetzes durch den Präsidenten haben sich Andrzej Rzepliński, Präsident des Verfassungstribunals, der Landesrat des Gerichtswesens und mehrere Richterverbände ausgesprochen. |
| 01.08.2016 | In Warschau finden die zentralen Feierlichkeiten zum Beginn des Warschauer Aufstands gegen die deutsche Besatzung (1944) statt. In seiner Rede sagt Sejmarschall Marek Kuchciński, dass der Warschauer Aufstand mit verhindert habe, dass Europa vollständig vom Kommunismus erfasst wurde. |
| 03.08.2016 | Im Rahmen eines mehrtägigen Besuchs einer Delegation des Sejms in Belarus trifft sich der stellvertretende Sejmarschall Ryszard Terlecki in Minsk mit der Vizeaußenministerin Elena Kuptschina. Am Vortag fanden Gespräche mit den Präsidenten beider Kammern des belarussischen Parlaments statt. Thematisiert werden bei dem Besuch insbesondere der historische Dialog zwischen beiden Ländern und die Lage der polnischen Minderheit in Belarus. Einer der Gründe für die Reise sei, zu unterstreichen, dass die Frage der Normalisierung der Beziehungen zu Belarus für Polen wichtig sei, so Terlecki. |
| 04.08.2016 | Nach Schätzungen des Ministeriums für Familie, Arbeit und Sozialpolitik erreichte die Arbeitslosenquote im Juli 2016 den niedrigsten Stand seit 25 Jahren und betrug 8,6%. |
| 05.08.2016 | Vizeministerpräsident Piotr Gliński teilt mit, dass sich Polen um die Ausrichtung der Weltausstellung EXPO im Jahr 2022 in Lodz (Łódź) bewerben wird. Der stellvertretende Entwicklungsminister Radosław Domagalski-Łabędzki wird zum Regierungsbeauftragten für die EXPO 2022 ernannt. |
| 08.08.2016 | Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg der Warenexport Polens im Jahr 2015 um 8,3% auf 179,6 Mrd. Euro und der Warenimport um 5,2% auf 177,2 Mrd. Euro. |
| 09.08.2016 | Krzysztof Szczerski, Staatssekretär im Präsidialamt, teilt mit, dass sich Präsident Andrzej Duda in seiner Amtszeit um einen nicht-ständigen Sitz Polens im UNO-Sicherheitsrat bemühen wird. 2013 hatten bereits der damalige Außenminister Radosław Sikorski und Staatspräsident Bronisław Komorowski dieses Ziel für die Jahre 2018 bis 2019 gesetzt. |
| 11.08.2016 | Das Verfassungstribunal verkündet sein Urteil, dass das am 22. Juli vom Sejm verabschiedete und am 16. August in Kraft tretende neue Gesetz zum Verfassungstribunal in Teilen nicht verfassungskonform ist. Die Klage hatten Abgeordnete der Opposition sowie der Bürgerrechtsbeauftragte angestrengt. Die Regierung teilt mit, dass es sich um keinen Urteilsspruch handele, so dass dieser auch nicht veröffentlicht werde. |
| 12.08.2016 | Die Regierung Polens wird von der European Large Families Confederation auf der VIII European Large Families Conference in Riga mit einem Preis für das Familienförderprogramm »Familie 500 plus« ausgezeichnet. |
| 15.08.2016 | Am Feiertag der Polnischen Armee enthüllt Präsident Andrzej Duda in Anwesenheit von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz am Grab des Unbekannten Soldaten in Warschau eine Gedenktafel für die sogenannten verfeindeten Soldaten, die in der Nachkriegszeit gegen das kommunistische System in Polen kämpften. |
| 16.08.2016 | Ministerpräsidentin Beata Szydło trifft sich mit Vertretern des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums, des Innenministeriums und der Sonderdienste zur Beratung der aktuellen Lage in der Ukraine, insbesondere auf der von Russland annektierten Halbinsel Krim. Hintergrund sind die Vorwürfe Russlands, dass Kiew eine Destabilisierung auf der Krim anstrebe, was jedoch von der ukrainischen Staatsführung bestritten wird. Die Regierung Polens spricht sich für eine politische Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts auf Grundlage des Abkommens von Minsk aus. |

| | |
|------------|--|
| 17.08.2016 | Präsident Andrzej Duda empfängt den Patriarchen von Antiochien, Johannes X., der ihn über die dramatische Lage in Syrien und im Nahen Osten, insbesondere der dort lebenden Christen, unterrichtet. Duda sagt die Unterstützung Polens für Friedensverhandlungen zu und informiert das geistliche Oberhaupt über das Engagement Polens für syrische Flüchtlinge und karitative Projekte vor Ort sowie in Polen. Johannes X. wird während seines mehrtägigen Aufenthalts auch an Feierlichkeiten der Polnisch-Orthodoxen Kirche in Polen teilnehmen. |
| 18.08.2016 | Bei einem Treffen mit den Einwohnern Gnesens (Gniezno) sagt Präsident Andrzej Duda, dass die Verbesserung des polnischen Staates realisiert wird. Ein Beispiel sei die Einführung des Familienförderprogramms »Familie 500 plus«, das bereits positive Folgen für das Bevölkerungswachstum in Polen zeige. Weiter seien positive Auswirkungen des Programms auf die Wirtschaft, insbesondere die Tourismusbranche, feststellbar, da sich viele Familien Urlaub haben leisten können. Als weiteres zentrales Projekt zur Verbesserung des Staates kündigt Duda ein Wohnungsbauprogramm an, das ebenfalls die Lebenssituation der Polen verbessern soll. |
| 19.08.2016 | Vor dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Warschau in der kommenden Woche sagt der Staatssekretär für Europafragen, Konrad Szymański, dass Polen und die mitteleuropäischen Staaten die Grundsatzdebatte über die Zukunft der EU im Zusammenhang mit dem Austritt Großbritanniens aus der Union mitbestimmen sollen. Des Weiteren sei eine gute Kommunikation zwischen Warschau und Berlin eine der Schlüsselbedingungen für die Stabilisierung des europäischen Projekts und den Ausweg aus der gegenwärtigen Krise. Der Besuch der Bundeskanzlerin dient der Vorbereitung des informellen EU-Gipfels in Bratislava im September, der sich mit dem »Brexit« befassen wird, und wird während des Treffens der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in Warschau stattfinden. |
| 22.08.2016 | Ministerpräsidentin Beata Szydło empfängt den Präsidenten der Republik Kasachstan, Nursultan Nazarbajew. Kasachstan sei der wichtigste Handelspartner für Polen in Zentralasien und Polen einer der wichtigsten Partner Kasachstans in der Europäischen Union. Im Rahmen des zweitägigen Besuchs werden Handelsverträge im Umfang von ca. 1 Mrd. Dollar unterzeichnet. |
| 23.08.2016 | Das Ministerium für Entwicklung informiert über die Ausschreibung von Projektförderungen für das EU-Programm der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Polen, der Ukraine und Belarus. Insgesamt stehen 116 Mio. Euro für den Ausschreibungszeitraum bis 2018 zur Verfügung. |
| 24.08.2016 | Präsident Andrzej Duda nimmt in Kiew an den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine teil. In einer gemeinsamen Erklärung appellieren Duda und der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, mit Blick auf den russisch-ukrainischen Konflikt an die internationale Gemeinschaft, größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Aggression gegenüber der Ukraine zu unterbinden, und bekräftigen die Sanktionspolitik gegenüber Russland. |
| 25.08.2016 | Die Regierung beschließt den vorläufigen Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017. Veranschlagt werden Ausgaben in Höhe von 383,4 Mrd. Zloty und Einnahmen von 324,1 Mrd. Zloty. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukt wird mit 3,6 % angesetzt und die Inflation mit 1,3 %. |
| 26.08.2016 | In Warschau empfängt Ministerpräsidentin Beata Szydło die Ministerpräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel. Schwerpunkt des Treffens ist der informelle EU-Gipfel in Bratislava im September, der sich mit dem »Brexit« befassen wird. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz vor den Gesprächen spricht sich Szydło für eine engere Zusammenarbeit und einen stärkeren Zusammenhalt in der EU aus, dazu sollten sich die Länder auf Initiativen konzentrieren, die verbinden, nicht trennen. Polen wolle den EU-Binnenmarkt und die EU-Außengrenzen stärken sowie die humanitäre Hilfe für Krisengebiete außerhalb der EU. Merkel stellt die Themen Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität als zentral für die EU dar. Dies umfasse auch die Auseinandersetzung mit Fragen der Migration, der Jugendarbeitslosigkeit und des digitalen Binnenmarktes. |
| 27.08.2016 | Ministerpräsidentin Beata Szydło trifft sich in Suceava (Rumänien) mit ihrem rumänischen Amtskollegen Dacian Ciolos. Thematisiert werden der »Brexit« und notwendige Reformen der EU, die Schwerpunkt des EU-Gipfels in Bratislava im September sein werden. Szydło spricht sich für eine Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente aus. Ciolos informiert, dass Rumänien und Polen gemeinsame Arbeitsgruppen gebildet hätten, um ihre Haltungen in der Diskussion über den Austritt Großbritanniens und die Reform der Europäischen Union auf EU-Ebene miteinander abzustimmen. |
| 28.08.2016 | Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen) treffen sich deren Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Jean-Marc Ayrault und Witold Waszczykowski auf Schloss Ettersburg bei Weimar. Sie erklären, dass die drei Länder enger zusammenarbeiten wollen, um den Zusammenhalt der EU nach dem »Brexit« zu stärken. Dabei sollten auch strittige Themen wie die Migrationspolitik diskutiert werden, so Steinmeier. Des Weiteren fordern die Minister größeres Engagement zugunsten der Beendigung des russisch-ukrainischen Konflikts in der Ostukraine. |

| | |
|------------|---|
| 29.08.2016 | Außenminister Witold Waszczykowski spricht in Berlin ebenso wie der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault auf der 15. Konferenz der Leiterinnen und Leiter der deutschen Auslandsvertretungen im Auswärtigen Amt. Warschau und Berlin hätten die Aufgabe, Europa den Glauben an die Prinzipien der territorialen Integrität und der Ablehnung von Krieg als politisches Mittel zurückzugeben, sagt Waszczykowski mit Blick auf den russisch-ukrainischen Konflikt. In Bezug auf die Flüchtlingskrise seien eine harte europäische Migrationspolitik, eine starke Sicherung der EU-Außengrenzen und das Engagement der EU für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie für humanitäre und Entwicklungshilfe notwendig. |
| 30.08.2016 | Nach neuesten Angaben des Ministeriums für Familie, Arbeit und Sozialpolitik erhalten aktuell ca. 3,6 Mio. Kinder finanzielle Unterstützung aus dem Familienförderprogramm »Familie 500 plus«. 37,1 % der Kinder leben auf dem Land. |
| 31.08.2016 | Ministerpräsidentin Beata Szydło und Präsident Andrzej Duda nehmen in Danzig (Gdańsk) an den Feierlichkeiten zur Unterzeichnung der »Augustvereinbarungen« im Jahr 1980 teil. Diese hatten zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność und zur Entwicklung einer breiten oppositionellen Bewegung in der Volksrepublik Polen geführt, die einen maßgeblichen Anteil am Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1989 hatte. |
| 01.09.2016 | Ministerpräsidentin Beata Szydło und Präsident Andrzej Duda nehmen in Danzig (Gdańsk) an den Feierlichkeiten aus Anlass des Beginns des Zweiten Weltkriegs mit dem deutschen Angriff auf Polen (Beschuss eines polnischen Kriegsschiffs auf der Westerplatte, Bombardierung der Stadt Wieluń) vor 77 Jahren teil. |
| 02.09.2016 | Der Staatssekretär für Europafragen, Konrad Szymański, kündigt an, dass das Treffen zwischen Ministerpräsidentin Beata Szydło und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, in der kommenden Woche dazu dienen werde, die Erwartungen Polens und der Länder der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) an den informellen EU-Gipfel in Bratislava vorzustellen. Auf dem EU-Gipfel Mitte September sollen die Konsequenzen des »Brexite« für die EU thematisiert werden. Szymański betont, es sei gegenwärtig das Wichtigste, sich auf die Fragen der Entwicklung des EU-Binnenmarktes und der Sicherheit im Kontext der Migrationskrise zu konzentrieren. |
| 03.09.2016 | Außenminister Witold Waszczykowski empfängt in Warschau den Außenminister Großbritanniens, Boris Johnson, zu Gesprächen über die beiderseitigen Beziehungen, die Folgen der Entscheidung der britischen Bevölkerung für den »Brexite« sowie Fragen der Sicherheit und das Problem des Terrorismus. In einer gemeinsamen Pressekonferenz vorher unterstreicht Waszczykowski die Erwartung, dass die Regierung Großbritanniens und die britischen Sicherheitskräfte fremdenfeindliche Ausschreitungen in Großbritannien verhindern und sich gleichermaßen um alle Einwohner kümmern. Hintergrund sind Angriffe auf in Großbritannien lebende Polen in den letzten Wochen. Anfang der Woche erlag ein Pole in Cambridge nach einem Überfall einer Gruppe Jugendlicher in Harlow seinen Verletzungen. Johnson betont, es gebe keine Akzeptanz fremdenfeindlicher Angriffe in der britischen Gesellschaft. |
| 05.09.2016 | In einem Interview in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« spricht sich der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Grzegorz Schetyna, dafür aus, im Familienförderprogramm »Familie 500 plus« das Einkommenskriterium für Berechtigte dahin gehend zu verändern, dass Reiche nicht die staatliche Unterstützung erhalten. Außerdem müsse bereits ab dem ersten Kind die Unterstützung gezahlt werden, denn dies sei elementar für die Entscheidung, eine Familie zu gründen. |

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2016 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

D-64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen